



## Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: [angela.krause@stadt-koeln.de](mailto:angela.krause@stadt-koeln.de)

Datum: 14.08.2021

### Niederschrift

über die **5. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 08.06.2021, 16:05 Uhr bis 18:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

#### Vorsitzender

Herr Lino Hammer GRÜNE

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Jäger	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Herr Jürgen Kircher	SPD
Herr Lukas Lorenz	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Herr Dirk Michel	CDU ab 17.15 Uhr
Herr Dr. Christian Beese	Auf Vorschlag von FDP
Herr Max Pargmann	Auf Vorschlag von Volt bis 18.20 Uhr

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Martin Erkelenz CDU (für RM Haeming)

#### Beratende Mitglieder

Herr Philipp Busch	AfD
Herr Michael Hock	Die PARTEI bis 18.00 Uhr
Frau Karina Syndicus	GUT Köln
Herr Hans-Peter Vietzke	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Elisabeth Rohata	Auf Vorschlag von SPD
Herr Hans Stengle	Auf Vorschlag von SPD
Herr Stefan Götz	Auf Vorschlag von CDU

Herr Manfred Hemmersbach	Auf Vorschlag von CDU
Herr Holger Potthoff	Auf Vorschlag von CDU
Frau Gunda Wienke	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Dr. Eva-Maria Ritter	Auf Vorschlag von FDP
Frau Charlotte Grieser	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Dirk Bachhausen	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender bis 17.40 Uhr
Herr Jürgen Over	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Verwaltung**

Frau StD Andrea Blome	Dezernat für Mobilität und Liegenschaften
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung
Frau Sonja Rode	Amt für Tunnel, Brücken und Stadtbahnbau
Herr Sören Schilling	Dezernat für Mobilität und Liegenschaften
Sören Schilling	Dezernat für Mobilität und Liegenschaften
Herr Patric Stieler	Amt für Verkehrsmanagement
Herr Gregor Waluga	Dezernat für Mobilität und Liegenschaften

### **Schriftführerin**

Frau Angela Krause	Dezernat für Mobilität und Liegenschaften
--------------------	---

### **Gäste**

Frau Stefanie Haaks	KVB AG
Herr Gunther Höhn	KVB AG

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Beratende Mitglieder**

Herr Uwe Lautenschläger	auf Vorschlag von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Herr Hans Anton Meurers	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln
-------------------------	-----------------------------------

Ausschussvorsitzender Hammer eröffnet die 5. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verabschiedet er BG Andrea Blome, für die es heute die letzte Sitzung als Verkehrsdezernentin sei, und bedankt sich auch im Namen des Ausschusses mit einigen Worten sehr herzlich für die sehr gute, konstruktive, faire und freundschaftliche Zusammenarbeit. Er wünsche ihr für das Amt der Stadtdirektorin ab 24. Juni weiterhin viel Erfolg.

BG Blome gibt diesen Dank aufrichtig zurück und trägt einen kurzen positiven Rückblick der letzten Jahre vor. Das Thema Mobilität liege ihr sehr am Herzen und sie werde dieses auch in ihrer neuen Funktion mit einem ganz besonderen Augenmerk begleiten.

Anschließend weist Vorsitzender Hammer darauf hin, dass die Tagesordnung wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2021 betr.  
Zählung des Radverkehrs zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke

AN/1310/2021

**Tischvorlage**

- 1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP vom 08.06.2021 betr.  
Konzentrischer Netzplan

AN/1308/2021

**Tischvorlage**

- Zu 3.2 Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT vom 07.06.2021

AN/1198/2021

**Tischvorlage**

- Zu 4.9 Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT vom 08.06.2021

AN/1203/2021

**Tischvorlage**

- 4.10 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6601-1201-901109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden  
1218/2021

- 4.11 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln -innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements sowie Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigungen und Freigabe einer

außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung;  
hier: neue Finanzstelle 6400-1201-0-0013 Erweiterung Verkehrsrechner  
1544/2021

Zu 5.2.1 Bodenschwellen zur Geschwindigkeitsreduktion von KFZ  
hier: Anfrage (AN/0687/2021) der Ratsgruppe GUT zur Sitzung des Verkehrs-  
ausschusses am 08.06.2021, TOP 5.2.1  
1979/2021

**Tischvorlage**

5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Abgestellte Wohnmobile, Wohnwagen und Freizeitmobile  
AN/1268/2021

5.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Lösungsmöglichkeiten für sog. Protected Bike Lanes (PBL)  
AN/1269/2021

5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Auswertung von Daten aus der E-Scooter-Nutzung  
AN/1281/2021

6.7 Carsharing im öffentlichen Raum  
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am  
20.04.2021, TOP 5.2.3  
1911/2021

6.8 Auslastungsanzeige für die Fahrgäste der KVB  
Hier: Anfrage der FDP-Fraktion (AN/0333/2021) aus der Sitzung des Ver-  
kehrsausschusses am 02.03.2021, TOP 5.2.3  
0749/2021

**Tischvorlage**

6.9 Verzögerung beim Umbau des Bahnhofs Süd  
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der FDP, AN/0729/2021  
2065/2021

**Tischvorlage**

7.2.8 Stadtradeln 2021  
1887/2021

7.2.9 Positionspapier der Metropolregion Rheinland (MRR) zur Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans NRW  
1652/2021

7.2.10 Stadtbahnvorhaben Widdersdorf - Brauweiler - Glessen - Niederaußem  
hier: Sachstand zur Blitz-Befragung  
1861/2021

**Tischvorlage**

7.2.11 Einrichtung einer zeitlich befristeten Mobilitäts- und Logistikstation am Otto-  
platz in Deutz  
1738/2021

**Tischvorlage**

7.2.12 Realisierbarkeit von Quartiersgaragen und eines zugehörigen Masterplans  
2123/2021

**Tischvorlage**

Herr Hammer lässt zudem über die Dringlichkeit der nachfolgenden Anträge abstimmen:

1.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2021 betr.  
Zählung des Radverkehrs zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke  
AN/1310/2021

> Die Dringlichkeit und Aufnahme in die Tagesordnung wird mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion **abgelehnt**.

1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP vom 08.06.2021 betr.  
Konzentrischer Netzplan  
AN/1308/2021

> Der Dringlichkeit und Aufnahme in die Tagesordnung wird einstimmig **zugestimmt**.

RM Jäger bittet die Mitteilungen unter den TOP

7.2.9 Positionspapier der Metropolregion Rheinland (MRR) zur Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans NRW  
1652/2021

7.2.12 Realisierbarkeit von Quartiersgaragen und eines zugehörigen Masterplans  
2123/2021

in die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 31.08.2021 erneut aufzunehmen.

SB Pargmann bittet zudem, den TOP 7.2.12 auch dem Bauausschuss und dem Stadtentwicklungsausschuss zur Kenntnis zu geben.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und dem Verfahren einverstanden; es ergibt sich demnach folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

#### **1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

1.1 Antrag der Ratsgruppe GUT vom 09.04.2021 betr.  
Einrichtung Zählstellen Transitverkehr  
AN/0689/2021

1.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2021 betr.  
Online Kataster aller baulichen Verkehrsmaßnahmen für ganz Köln  
AN/1137/2021

1.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2021 betr.  
Zählung des Radverkehrs zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke  
AN/1310/2021  
- abgesetzt -

1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und  
FDP vom 08.06.2021 betr.  
Konzentrischer Netzplan  
AN/1308/2021

#### **2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

#### **3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

3.1 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Kalker Hauptstraße/Rolshover Straße/Kalk-Mülheimer Straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, We-

ge, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-8-1096, Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße/Sieversstraße-Umgestaltung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Bau-  
maßnahmen  
1961/2020

- 3.2 Radverkehrskonzept Innenstadt  
Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz einschließlich Sperrung für den  
Kfz-Verkehr  
1068/2021

Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT vom 07.06.2021  
AN/1198/2021

- 3.3 Radverkehrskonzept Innenstadt  
Planungs- und Baubeschluss: Radfahrstreifen Siegburger Straße zwischen  
Benjaminstraße und Deutzer Freiheit  
1071/2021

- 3.4 Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der SPNV-Verbindungen zwischen  
Köln, Leverkusen-Opladen, Solingen, Remscheid und Düsseldorf (S1/S17)  
1534/2021

- 3.5 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe - Abschnitt Hohenzollernring,  
Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring  
1571/2021

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom  
08.06.2021  
AN/1330/2021

- 3.6 Trassenfindung in Teilabschnitten des Niehler Gürtels  
hier: Amsterdamer Straße bis Mülheimer Brücke und Abschnitt Merheimer  
Straße bis Amsterdamer Straße  
1627/2021

- 3.7 Carsharingkonzept  
1630/2021

- 3.8 Umgestaltung der Neusser Straße zwischen Innere Kanalstraße und Niehler  
Kirchweg  
1883/2021

#### **4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

- 4.1 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke im Stadtbezirk Innenstadt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstellen 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen und 6904-1302-0-2505, Hochwasserverschlussystem Perlengraben  
1747/2020

Änderungsanträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 08.06.2021  
AN/1329/2021

- 4.2 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz  
3956/2019

- 4.3 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum  
hier: 2. Ausbaustufe  
0309/2021

- 4.4 Fahrplanwechsel 2021 - Überarbeitung des Busnetzes im Kölner Westen  
0540/2021

- 4.5 Fahrplanwechsel 2021 - Anbindung der Ausweichquartiere des Bezirksrat-hauses Rodenkirchen  
0680/2021

- 4.6 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens  
hier: Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten (PSA)  
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes  
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)  
0928/2021

- 4.7 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2020  
1298/2021

- 4.8 Zuständigkeitsübertragung der Linie SB 60 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Bonn  
1607/2021

- 4.9 Beschluss zur Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West  
0825/2021

Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT vom 08.06.2021  
AN/1203/2021



- 4.10 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6601-1201-901109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden 1218/2021
- 4.11 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln -innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements sowie Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigungen und Freigabe einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung;  
hier: neue Finanzstelle 6400-1201-0-0013 Erweiterung Verkehrsrechner 1544/2021

## **5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### 5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 5.1.1 Parkplätze an Kölner Schulen  
AN/0736/2021

### 5.2 Neue Anfragen

- 5.2.1 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 08.04.2021 betr.  
Bodenschwellen zur Geschwindigkeitsreduktion von KFZ  
AN/0687/2021

Beantwortung der Verwaltung  
1979/2021

- 5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Abgestellte Wohnmobile, Wohnwagen und Freizeitmobile  
AN/1268/2021

- 5.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Lösungsmöglichkeiten für sog. Protected Bike Lanes (PBL)  
AN/1269/2021

- 5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Auswertung von Daten aus der E-Scooter-Nutzung  
AN/1281/2021

## **6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 6.1 Mehr kostengünstige, klimaschonende Park&Ride-Plätze am Stadtrand  
hier: Anfrage der Volt-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.03.2021, TOP 5.2.5  
1148/2021

- 6.2 Mehr kostengünstige, klimaschonende Park&Ride-Plätze am Stadtrand und diese besser anbinden  
hier: Anfrage der Volt-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.03.2021, TOP 5.2.6  
1151/2021
- 6.3 Abstand halten in der Pandemie  
hier: Anfrage der SE Wienke in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.03.2021, TOP 8.1  
1290/2021
- 6.4 Spielstraßen  
hier: Anfrage der Ratsgruppe GUT zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 20.04.2021, TOP 5.2.2  
1411/2021
- 6.5 Ausschreibung von Machbarkeitsstudien zur Verlängerung der Linie 13  
hier: Anfrage AN/0784/2021 der Fraktion Die Linke.Köln in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 20.04.2021, TOP 5.2.7  
1460/2021
- 6.6 Landeswettbewerb "Mobil.NRW - Mobilität in lebenswerten Städten"  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 20.04.2021, TOP 5.2.6  
1493/2021
- 6.7 Carsharing im öffentlichen Raum  
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 20.04.2021, TOP 5.2.3  
1911/2021
- 6.8 Auslastungsanzeige für die Fahrgäste der KVB  
Hier: Anfrage der FDP-Fraktion (AN/0333/2021) aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 02.03.2021, TOP 5.2.3  
0749/2021
- 6.9 Verzögerung beim Umbau des Bahnhofs Süd  
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der FDP, AN/0729/2021  
2065/2021

## **7 Mitteilungen der Verwaltung**

- 7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhöhungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO
  - 7.1.1 Mitteilung über eine Erhöhung der investiven Gesamtauszahlungen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2021; hier: Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung 1531/2021
- 7.2 Sonstige Mitteilungen
  - 7.2.1 Roadmap - Sachstand 2021 0300/2021
  - 7.2.2 Bericht über die Umsetzung von Anträgen des Verkehrsausschusses ab 2014 ff. 0460/2021
  - 7.2.3 Sachstandsbericht Starke Veedel – Starkes Köln 1205/2021
  - 7.2.4 Verkehrliche Erschließung und Anbindung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“  
hier: mündliche Nachfrage von SB Frenzel in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.2021, TOP 18.12 1489/2021
  - 7.2.5 Fortführung der Lastenradförderung 2020  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Finanzausschusses am 03.05.2021, TOP 4.2 1562/2021
  - 7.2.6 Ergebnis über den Wettbewerb zur Errichtung einer Kfz-Brücke und einer Rad-/ Gehwegbrücke über das Hafenbecken, Deutzer Hafen in Köln-Deutz 1820/2021
  - 7.2.7 Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Köln und der Region 1898/2021
  - 7.2.8 Stadtradeln 2021 1887/2021
  - 7.2.9 Positionspapier der Metropolregion Rheinland (MRR) zur Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans NRW 1652/2021  
- vertagt -

- 7.2.10 Stadtbahnvorhaben Widdersdorf - Brauweiler - Glessen - Niederaußem  
hier: Sachstand zur Blitz-Befragung  
1861/2021
- 7.2.11 Einrichtung einer zeitlich befristeten Mobilitäts- und Logistikstation am Otto-  
platz in Deutz  
1738/2021
- 7.2.12 Realisierbarkeit von Quartiersgaragen und eines zugehörigen Masterplans  
2123/2021  
- vertagt -

## **8 Mündliche Anfragen**

- 8.1 Provisorischer Treppenturm an der Severinsbrücke  
Mündliche Nachfrage des RM Lorenz

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 16 Mündliche Anfragen**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **A Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern**

Ausschussvorsitzender Hammer verpflichtet

Elisabeth Rohata, Holger Potthoff, Hans-Peter Vietzke, Bernd Fahlenbock und Jürgen Over

als neue Sachkundige Einwohner\*in des Verkehrsausschusses.

### **B Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**

#### **1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

##### **1.1 Antrag der Ratsgruppe GUT vom 09.04.2021 betr. Einrichtung Zählstellen Transitverkehr AN/0689/2021**

RM Syndicus begründet kurz den eingereichten Antrag.

RM De Bellis-Olinger schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, die Beschlussfassung bis zur nächsten Sitzung am 31.08. zurückzustellen. Sie bitte die Verwaltung zunächst darzulegen, wie groß der Aufwand für diesen Beschluss wäre.

##### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss vertagt den Antrag der Ratsgruppe GUT, AN/0689/2021, in die nächste Sitzung am 31.08.2021.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

##### **1.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.05.2021 betr. Online Kataster aller baulichen Verkehrsmaßnahmen für ganz Köln AN/1137/2021**

Seitens der Antrag stellenden Fraktion erläutert RM Jäger den vorgelegten Antrag.

Bei der folgenden kontroversen Diskussion machen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU deutlich, dass sie diesen Antrag ablehnen, da der Aufwand den Nutzen weit übersteige.

BG Blome merkt an, dass die Verwaltung im Rahmen der Verwaltungsreform bereits an einer digitalen Karte arbeite, die georeferenziert Daten – wie beispielsweise Fahrradverleih- und Mobilstationen, bereitstelle.

SE Wienke beantragt eine Ergänzung des Antrags dahingehend, dass die OParl-Schnittstelle in das vorhandene Ratsinformationssystem mit aufgenommen werden soll. Die aktuelle Suchfunktion sei nicht optimal.

**1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.):**

Die Verwaltung wird gebeten, zusätzlich die OParl-Schnittstelle mit aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

## **2. Beschluss (Antrag der SPD-Fraktion, AN/1137/2021):**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Maßnahmenkataster mittels einer digitalen Karte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. In regelmäßigen kurzen Abständen ist das digitale Kartenwerk zu aktualisieren und sind die Umsetzungsstände darzustellen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke.

### **1.3 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 07.06.2021 betr. Zählung des Radverkehrs zwischen Hohenzollern- und Deutzer Brücke AN/1310/2021**

Der Antrag wurde zu Beginn der Sitzung mangels Dringlichkeit nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

### **1.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP vom 08.06.2021 betr. Konzentrischer Netzplan AN/1308/2021**

RM Jäger signalisiert Zustimmung seitens der SPD-Fraktion, jedoch möchte sie betonen, dass auch eine Abbildung des NVR-Systems wichtig sei. Sie hoffe, dass der Netzplan dennoch übersichtlich bleibe.

Frau Haaks, Vorstandssprecherin der KVB AG, informiert, dass die KVB AG diesen Beschluss im Verbund umsetzen werde.

### **Beschluss (Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und FDP, AN/1308/2021):**

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Erstellung und Nutzung eines übersichtlicheren, auf konzentrischen Kreisen aufbauenden Liniennetzplanes des Kölner Nahverkehrsschienennetzes aus. Dabei ist eine VRS-weite Lösung wünschenswert, aber keine notwendige Bedingung. Der Ausschuss fordert die Stadtverwaltung auf, gemeinsam mit der KVB die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen. Die Kosten werden aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**

**3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**

**3.1 Baubeschluss für die Umgestaltung der Kreuzung Kalker Hauptstraße/Rolshover Straße/Kalk-Mülheimer Straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-8-1096, Rolshover Straße/Kalker Hauptstraße/Sieversstraße-Umgestaltung, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen 1961/2020**

RM Wahlen beantragt, die Beschlussfassung erneut zu vertagen. Die BV Kalk habe aktuell einen Antrag zur nächsten Sitzung eingebracht, nach dem der Autoverkehr auf einem Teil der Kalker Hauptstraße stark reduziert werden soll. Es sei sinnvoll, diese Beratung und Beschlussfassung zunächst abzuwarten.

SE Fahlenbock hingegen merkt an, dass die vorliegende Planung bereits vor geraumer Zeit mit den Behindertenverbänden abgesprochen wurde und von diesen sehr begrüßt werde.

RM Jäger zeigt sich sehr irritiert über den erneuten Vertagungsantrag. Die Verwaltung habe viel Zeit und Arbeit in die Planungen investiert; zudem habe es erst kürzlich ein Fachgespräch mit der Politik und daraus folgend weitere Optimierungen gegeben. Die SPD-Fraktion sei heute beschlussfähig und lehne weitere Verzögerungen bei dieser Maßnahme ab.

RM De Bellis-Olinger bedankt sich bei der Verwaltung für die Bemühungen und gute Planungsarbeit; dennoch wirbt sie um Verständnis für den Vertagungsantrag. Das Votum der BV Kalk zur Zukunft der Kalker Hauptstraße müsse abgewartet werden.

**Beschluss:**

Die Beschlussfassung wird bis zur Sitzung am 31.08.2021 zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion

**3.2 Radverkehrskonzept Innenstadt  
Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz einschließlich Sperrung für den Kfz-Verkehr  
1068/2021**

**Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT vom 07.06.2021  
AN/1198/2021**

RM Syndicus nimmt Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

SE Fahlenbock moniert, dass die Planungen nicht mit den Schwerbehindertenverbänden abgestimmt wurden. Die Ampeln an diesen komplizierten Kreuzungen seien nicht blindengerecht. Er halte es für zwingend erforderlich, dass Leitelemente in den Boden eingelassen werden und beantrage, dass die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik in die Beratungsfolge aufgenommen werde.

RM De Bellis-Olinger teilt seitens der CDU-Fraktion Zustimmung zur Verwaltungsvorlage mit. Dem Antrag der Ratsgruppe GUT könne sie nur zu Ziff. 1, dem Prüfauftrag, folgen. Ob das Versehen der Schienen mit einem Gummiprofil die optimale Lösung darstelle, könne nach ihrer Auffassung nicht der hiesige Ausschuss entscheiden. Hier möchte sie zunächst eine Einschätzung der KVB hören, die dieses Verfahren sicherlich schon getestet habe.

Auch für die SPD-Fraktion äußert RM Lorenz Zustimmung. Den Äußerungen seiner Vorrednerin könne er sich im Übrigen auch anschließen; interessant seien sicherlich auch die Erfahrungen aus Städten wie Basel und Zürich.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, bestätigt einen entsprechenden Versuch in Weidenpesch, zu diesem sei eine Sondergenehmigung der technischen Aufsichtsbehörde erteilt worden, da die von der Industrie entwickelten Systeme noch keine allgemeine Zulassung hätten. Es handele sich somit auch in Bochum jeweils um eine Einzelfallentscheidung. Bedenken müsse man auch, dass es sich am Zülpicher Platz um parallel laufende und nicht spitz querende Verkehre handele. Lebensdauer bzw. Langlebigkeit und Verhalten bei Regen könne bei dem in Rede stehenden System derzeit noch nicht beurteilt werden.

### **1. Beschluss (Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT, AN/1198/2021):**

Im Zuge der Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz (VO 1068/2021) wird in Form eines Verkehrsversuches geprüft, wie die Querung der Schienen durch Radfahrende sicherer als bisher gemacht werden kann.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

Hierzu werden, auf dem betroffenen Abschnitt, die Schienen mit einem Gummiprofil versehen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig **abgelehnt**

### **2. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung,

1. die Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz gemäß vorgelegter Planung umzusetzen, einschließlich Sperrung der Zufahrt für den Kfz-Verkehr. Ausgenommen sind Lieferverkehre werktags zwischen 6 und 11 Uhr und Anwohnende mit Garage in dem Abschnitt. Die Kurzzeitparkplätze entfallen zugunsten von Fahrradabstellanlagen im Zuge eines vorgezogenen Umsetzungsschrittes.
2. Im Zuge der Sperrung des Zülpicher Platzes den nicht mehr benötigten Kfz-Rechtsabbiegefahrstreifen vom Hohenstaufering in Richtung Zülpicher Platz/Zülpicher Straße in einen Radfahrstreifen umzuwandeln.
3. Den nicht mehr benötigten baulichen Radweg auf der Westseite des Hohenstauferings zurückzubauen und die Flächen nach den Vorgaben des Gestaltungshandbuchs in einen Gehweg umzuwandeln.
4. *Im Zuge der Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz (VO 1068/2021) wird in Form eines Verkehrsversuches geprüft, wie die Querung der Schienen durch Radfahrende sicherer als bisher gemacht werden kann.*

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage sofern die Bezirksvertretung Innenstadt der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.



**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **3. Beschluss (mündlicher Antrag des SE Fahlenbock):**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird in die Beratungsfolge der Vorlage aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **3.3 Radverkehrskonzept Innenstadt Planungs- und Baubeschluss: Radfahrstreifen Siegburger Straße zwischen Benjaminstraße und Deutzer Freiheit 1071/2021**

SE Götz wirft die Frage auf, wie die Wechselstelle von Rechts- auf Linksverkehr auf der Mindener Straße in Höhe Deutzer Freiheit gestaltet werde. Die CDU-Fraktion habe hier Sicherheitsbedenken.

RM Wahlen begrüßt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Verwaltungsvorlage, möchte jedoch noch folgenden – mit der BV Innenstadt abgestimmten – Änderungsantrag zur Abstimmung stellen:

„Zum Schutz der Radfahrenden beim Einfädeln auf den in Höhe Benjaminstraße beginnenden Radfahrstreifen ordnet die Verwaltung rechtzeitig vorher, z.B. ab Höhe der Einmündung Tempelstraße, eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h an. Diese gilt mindestens bis zur Einmündung der Deutzer Freiheit.“

RM Lorenz schließt sich der kritischen Fragestellung von Herrn Götz an. Im Übrigen habe die SPD-Fraktion den Eindruck, dass hier in erster Linie eine Optimierung für den Fuß- und nicht für den Radverkehr erzielt werde. Der Änderungsantrag seines Vorredners sei sinnvoll.

SB Dr. Beese weist auf die Problematik für die in Richtung Norden fahrenden Autos hin. Durch die vielen Rechtsabbieger in die Deutzer Freiheit, die oftmals von Radfahrenden und querenden zu Fuß Gehenden blockiert werden, seien Probleme insbesondere im Berufsverkehr zu erwarten. Sofern die Deutzer Freiheit irgendwann zur Fußgängerzone deklariert werde, könne sich dieses Problem jedoch dann erledigen. Ein anderes Problem sei die Querung der Radfahrenden nördlich der Deutzer Freiheit, wie auch von seinen Vorrednern angesprochen. Hier sollte nach seiner Auffassung die Situation genauestens beobachtet werden, um ggf. nach einem halben Jahr nachzubessern und vielleicht sogar die Radfahrrichtungen umzudrehen. Langfristig müsse diese Kreuzung im großen Stil umgestaltet werden, um das Ziel, die Stadtbahn von Porz zum Deutzer Bahnhof zu führen, zu erreichen.

SE Fahlenbock merkt an, dass eine Verbreiterung der Fußgängerwege sicherlich begrüßenswert sei. Jedoch möchte er auch hier die fehlenden Bodenindikatoren für Blinde und Sehbehinderte monieren und daher eine Beteiligung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beantragen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, führt aus, dass man zur Beurteilung dieser Vorlage auf die aktuelle Situation schauen müsse. Heute konzentrieren sich die Problempunkte insbesondere am Überweg über die Siegburger Straße an der Nordseite der Haltestelle. An dieser Stelle kreuzen sich alle Verkehre und es sei sehr beengt. Durch die vorliegende Planung werde diese Situation zumindest deutlich entzerrt, Konfliktpunkte werden minimiert, wenngleich die Situa-

tion im Einmündungsbereich Deutzer Freiheit auch weiterhin nicht ideal sei. Die Auffassung der SPD-Fraktion, dass hier keine Verbesserung für den Radverkehr erzielt werde, könne er nicht teilen. Insbesondere in nördlicher Richtung, d.h. Richtung Deutzer Bahnhof, werde künftig eine wesentlich breitere Anlage zur Verfügung gestellt.

Das von Herrn Dr. Beese angesprochene Thema Signalisierung und Rechtsabbieger in die Deutzer Freiheit wurde seitens der Verwaltung geprüft und als unkritisch eingestuft. Auch der von Herrn Götz kritisierte Wechselverkehr sei bereits heute vorhanden und werde durch die Planungen optimiert.

### **1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

Zum Schutz der Radfahrenden beim Einfädeln auf den in Höhe Benjaminstraße beginnenden Radfahrstreifen ordnet die Verwaltung rechtzeitig vorher, z.B. ab Höhe der Einmündung Tempelstraße, eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h an. Diese gilt mindestens bis zur Einmündung der Deutzer Freiheit.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

### **2. Beschluss (so geänderte Beschlussvorlage):**

Der Verkehrsausschuss nimmt den vorgelegten Planentwurf zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, ihn weiterzuentwickeln und umzusetzen. Auf der Siegburger Straße zwischen Benjaminstr. und Grabengasse werden mit Umsetzung der Maßnahme vier Kurzzeitparkplätze in Ladezonen umgewandelt.

*Zum Schutz der Radfahrenden beim Einfädeln auf den in Höhe Benjaminstraße beginnenden Radfahrstreifen ordnet die Verwaltung rechtzeitig vorher, z.B. ab Höhe der Einmündung Tempelstraße, eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h an. Diese gilt mindestens bis zur Einmündung der Deutzer Freiheit.*

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage sofern die Bezirksvertretung Innenstadt der Vorlage uneingeschränkt zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **3. Beschluss (mündlicher Antrag des SE Fahlenbock):**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird in die Beratungsfolge der Vorlage aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **3.4 Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der SPNV-Verbindungen zwischen Köln, Leverkusen-Opladen, Solingen, Remscheid und Düsseldorf (S1/S17) 1534/2021**

#### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss stimmt der Beteiligung der Stadt Köln an der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der SPNV-Verbindung zwischen Köln,

Leverkusen-Opladen, Solingen, Remscheid und Düsseldorf in Höhe von rund 40.000 Euro zu.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3.5 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe - Abschnitt Hohenzollertring, Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring  
1571/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 08.06.2021  
AN/1330/2021**

RM Wahlen verweist auf den vorliegenden Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt und zeigt sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr erfreut, dass hier nun ein weiterer großer Schritt von #RingFrei umgesetzt werde. Zudem bittet er die Verwaltung im Nachgang des heutigen Ausschusses noch die aktuellen Verkehrszahlen darzustellen.

RM Kircher teilt für die SPD-Fraktion mit, dass diese sich sowohl der Verwaltungsvorlage als auch dem Änderungsantrag anschließen könne. Er spricht jedoch auch die Ertragsverluste von 230.000 € durch den Wegfall der Kurzzeitparkplätze an und bittet um Mitteilung, auf welchen Betrag sich diese zwischenzeitlich summiert hätten, da der Ausschuss in den letzten Monaten bereits mehrere Planungen mit Wegfall von Kurzzeitparkplätzen beschlossen habe. Zudem möchte er wissen, ob diese Mittel anderweitig erwirtschaftet werden können; letztendlich würden sie im Haushalt fehlen.

Auch SE Wienke äußert ihren Dank für die Verwaltungsvorlage und den Änderungsantrag.

SB Dr. Beese hingegen spricht sich seitens der FDP-Fraktion für den alternativen Beschlussvorschlag aus. Der Geradeausverkehr in der Christophstraße werde nach seiner Einschätzung erheblich behindert, wenn die Rechtsabbieger auf der gleichen Fahrspur seien. Den Änderungsantrag bitte er abschnittsweise abzustimmen.

**1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/1330/2021):**

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt ein Jahr nach Umsetzung der Maßnahme die Verkehrszahlen an der Kreuzung Hansaring/Am Kümpchenshof zu erheben. Wenn diese Zahlen unter Berücksichtigung der zukünftigen Verkehrsentwicklung es erlauben, soll der Radfahrstreifen in südlicher Fahrtrichtung bis auf den rechten Geradeausfahrstreifen vor der Kreuzung verlängert werden. Um den späteren Umbau zu vereinfachen, soll die Führung des Radverkehrs vom baulichen Radweg auf die Fahrbahn in Höhe Ertstraße nur durch eine temporäre Rampe erfolgen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

2. Die Verwaltung soll prüfen an welchen Stellen eine bauliche Protection Sinn machen kann.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

## **2. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

In Ergänzung der bisherigen Beschlüsse zum Radverkehrskonzept Innenstadt und den Kölner Ringen, insbesondere Vorlage-Nr. 1202/2019, beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung:

1. mit der Umsetzung der fahrrad- und fußgängerfreundlichen Umgestaltung der Kölner Ringe im Abschnitt Hohenzollernring, Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring gemäß der vorliegenden Planung. Die Maßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von 1.138.000,00 € wird vollständig aus dem konsumtiven Haushalt finanziert.
2. Die Ertragsverluste in Höhe von rd. 230.000 € pro Jahr durch den vollständigen Wegfall der Kurzzeitparkplätze in den genannten Abschnitten bei der Haushaltsplananmeldung 2022 ff. zu berücksichtigen.
3. Die Ausgestaltung der südlichen Knotenpunktzufahrt im Kreuzungsbereich Kaiser-Wilhelm-Ring/Gladbacher Straße/Christophstraße gemäß Variante 1 mit durchgehendem Radfahrstreifen auszubilden.
4. *Die Verwaltung wird beauftragt ein Jahr nach Umsetzung der Maßnahme die Verkehrszahlen an der Kreuzung Hansaring/Am Kümpchenshof zu erheben. Wenn dieses Zahlen unter Berücksichtigung der zukünftigen Verkehrsentwicklung es erlauben, soll der Radfahrstreifen in südlicher Fahrtrichtung bis auf den rechten Geradeausfahrstreifen vor der Kreuzung verlängert werden. Um den späteren Umbau zu vereinfachen, soll die Führung des Radverkehrs vom baulichen Radweg auf die Fahrbahn in Höhe Ertstraße nur durch eine temporäre Rampe erfolgen.*
5. Die Verwaltung soll prüfen an welchen Stellen eine bauliche Protection Sinn machen kann.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die BV Innenstadt uneingeschränkt zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

## **3. Beschluss (Alternative):**

In Ergänzung der bisherigen Beschlüsse zum Radverkehrskonzept Innenstadt und den Kölner Ringen, insbesondere Vorlage-Nr. 1202/2019, beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung:

1. mit der Umsetzung der fahrrad- und fußgängerfreundlichen Umgestaltung der Kölner Ringe im Abschnitt Hohenzollernring, Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring gemäß der vorliegenden Planung. Die Maßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von 1.138.000,00 € wird vollständig aus dem konsumtiven Haushalt finanziert.
2. Die Ertragsverluste in Höhe von rd. 230.000 € pro Jahr durch den vollständigen Wegfall der Kurzzeitparkplätze in den genannten Abschnitten bei der Haushaltsplananmeldung 2022 ff. zu berücksichtigen.

3. Die Ausgestaltung der südlichen Knotenpunktzufahrt im Kreuzungsbereich Kaiser-Wilhelm-Ring/Gladbacher Straße/Christophstraße gemäß Variante 2 mit Unterbrechung des Radfahrstreifens zugunsten eines Kfz-Rechtsabbiegefahrstreifens auszubilden.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich **abgelehnt** gegen die FDP-Fraktion

### **3.6 Trassenfindung in Teilabschnitten des Niehler Gürtels hier: Amsterdamer Straße bis Mülheimer Brücke und Abschnitt Merheimer Straße bis Amsterdamer Straße 1627/2021**

SB Dr. Beese bittet um Mitteilung, wie der Planungsstand zu den neuen Haltestellen aussieht. Zudem rege er an, bei Planungsfortschritt die Radwege außen laufen zu lassen, damit die Option, auf der Innenseite noch eine Straße bauen zu können, offen gehalten werde. Die weitere Ausgestaltung der Grünanlagen sollte künftig der Bezirksvertretung überlassen werden.

Ausschussvorsitzender Hammer bestätigt diese letzte Feststellung.

RM Wahlen weist darauf hin, dass die Wegebeziehungen im Bereich der Mülheimer Brücke nicht optimal seien. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen rege daher an, im weiteren Planungsverlauf beispielsweise auf der Südseite stadteinwärts Möglichkeiten zu schaffen, die Straße zu queren oder auch Hinweisbeschilderungen für Radfahrende aufzustellen, damit diese ihr Ziel möglichst einfach erreichen können.

#### **Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, bei der Weiterplanung der Radverkehrsverbindung im Verlauf des Niehler Gürtels folgende Maßnahmen zu beachten:

- Im Abschnitt von der Merheimer Straße bis zur Amsterdamer Straße ist die Radverkehrsverbindung auf der Südseite der KVB-Trasse zu realisieren und östlich der Niehler Straße ab dem Parkveedel auf die Nordseite der KVB-Trasse zu verschwenken.
- Im Abschnitt von der Amsterdamer Straße bis zur Mülheimer Brücke ist eine durchgehende Verbindung auf der Nordseite der KVB-Trasse und auf der Südseite der KVB-Trasse eine Verbindung von der Boltensternstraße bis zur Mülheimer Brücke zu realisieren.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die BV Nippes uneingeschränkt zustimmt.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

### **3.7 Carsharingkonzept 1630/2021**

RM De Bellis-Olinger zeigt sich sehr erfreut, dass nunmehr auch die Außenbezirke ausdrücklich als Kriterien aufgeführt wurden.

**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln beschließt auf der Basis der Ausführungen in der Begründung die genannten Kriterien für das Carsharingkonzept und beauftragt die Verwaltung mit der Einleitung des Vergabeverfahrens zur Durchführung des Interessensbekundungsverfahrens mit voraussichtlichen Gesamtkosten in Höhe von 40.000 €.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**3.8 Umgestaltung der Neusser Straße zwischen Innere Kanalstraße und Niehler Kirchweg  
1883/2021**

RM Jäger äußert seitens der SPD-Fraktion die Bitte, die zusammengetragenen Ergebnisse aus den bereits stattgefundenen Bürgerbeteiligungen in den Prozess auf jeden Fall mit einzubringen. Ein Neubeginn sei leider in zeitlicher Hinsicht auch immer ein gewisser Rückschritt.

SE Grieser unterstreicht dieser Auffassung und regt seitens der KlimaFreunde an, Punkt 2 des Beschlussvorschlages zu streichen. Die Menschen in Nippes würden seit mehr als 10 Jahren auf den Umbau warten. Aus ihrer Sicht sei dies kein Projekt mehr, das einen langjährigen mehrstufigen Beteiligungsprozess erfordere. Es müsse jetzt zügig vorgehen.

Frau Jäger plädiert jedoch dafür, diesen Satz nicht zu streichen. Die Aktion am vergangenen Wochenende vor Ort habe gezeigt, wie wichtig die Kommunikation mit den vielen Anwohnenden sei; dies könne man auch nicht in ein Zeitkorsett von zwei Monaten pressen.

**1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der KlimaFreunde):**

Ziff. 2 des Verwaltungsvorschlags wird gestrichen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig **abgelehnt**

**2. Beschluss (Verwaltungsvorlage):**

Der Verkehrsausschuss fasst folgende Beschlüsse:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung zur Umgestaltung der Neusser Straße neu aufzunehmen. Dabei werden die Ziele der Bezirksvertretung Nippes (AN 0460/2021) zur Grundlage genommen und mit den räumlichen Bedingungen und verkehrlichen Anforderungen verknüpft.
2. Die Verwaltung führt einen begleitenden mehrstufigen Entscheidungs- und Beteiligungsprozess durch.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Nippes und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik uneingeschränkt zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**

### **4.1 Baubeschluss für die Generalinstandsetzung des Perlegrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke im Stadtbezirk Innenstadt sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen - hier: Finanzstellen 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen und 6904-1302-0-2505, Hochwasserverschlusssystem Perlegraben 1747/2020**

#### **Änderungsanträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt vom 08.06.2021 AN/1329/2021**

SB Pargmann begründet den vorliegenden Änderungsantrag.

SE Fahlenbock vermisst auch bei dieser Vorlage die Barrierefreiheit. Beim Bau von zwei neuen Lichtsignalanlagen müsse darauf geachtet werden, dass diese auch blindensignalisiert seien. An den Überwegen müssen zudem Bodenindikatoren eingelassen werden. Er bittet, auch diese Vorlage in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beraten zu lassen.

SE Wienke stimmt diesen Ausführungen zu und zeigt sich erstaunt, dass hier nicht barrierefrei sondern lediglich barrierearm mit Absätzen gebaut werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, führt aus, dass die Standards sich durchaus weiter entwickelt haben. Der derzeitige Standard sehe sowohl 3 cm-Absätze als auch Nullabsenkungen vor.

Auf die Ausführungen von Herrn Pargmann eingehend macht er deutlich, dass es sich hier nicht um einen kompletten Straßenumbau und den Endzustand sondern lediglich um die Sanierung einer sehr schlechten Fahrbahn handele. Das Radverkehrskonzept Innenstadt sehe hier perspektivisch die Führung entlang der Straße vor; dies sei im Rahmen der Sanierung jedoch nicht möglich, vielmehr müsse dann sehr umfangreich und sehr kostenintensiv umgebaut werden.

Sowohl Vorsitzender Hammer als auch Herr Harzendorf bestätigen auf Nachfrage von RM Jäger, dass der Änderungsantrag keine zeitliche Verzögerung der dringend erforderlichen Sanierungsmaßnahme mit sich bringen dürfe.

#### **1. Beschluss (Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt, AN/1329/2021):**

Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:

Die Umsetzung des "Radverkehrskonzept Innenstadt" aus dem Jahr 2016 muss während Bauarbeiten berücksichtigt und mitgedacht werden.

Zur kurzfristigen Verbesserung der Situation für Radfahrende wird als Maßnahme die vereinfachte und direkte Auffahrt in ausreichender Breite auf die Severinsbrücke aus der Ulrichgasse umgesetzt.

Langfristiges Ziel muss es sein, den Radverkehr möglichst direkt von und auf die Severinsbrücke zu führen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

## **2. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

### ***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Generalinstandsetzung des Perlengrabens zwischen Blaubach und der Severinsbrücke mit Gesamtkosten in Höhe von 3.301.000 €.
2. Der Rat beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 3.072.500 € für die Generalinstandsetzung des Perlengrabens im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2021.
3. Gleichzeitig beschließt der Rat die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Teilfinanzplans 1302 – Wasser und Wasserbau – in Höhe von 228.500 € bei der Finanzstelle 6904-1302-0-2505, Hochwasserverschlussystem Perlengraben, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, im Haushaltsjahr 2021.

*Die Beschlussvorlage wird wie folgt ergänzt:*

*Die Umsetzung des "Radverkehrskonzept Innenstadt" aus dem Jahr 2016 muss während Bauarbeiten berücksichtigt und mitgedacht werden.*

*Zur kurzfristigen Verbesserung der Situation für Radfahrende wird als Maßnahme die vereinfachte und direkte Auffahrt in ausreichender Breite auf die Severinsbrücke aus der Ulrichgasse umgesetzt.*

*Langfristiges Ziel muss es sein, den Radverkehr möglichst direkt von und auf die Severinsbrücke zu führen.*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **3. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag des SE Fahlenbock):**

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird in die Beratungsfolge aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **4.2 Bau eines zusätzlichen Busbetriebshofs Köln Ost der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) in Porz 3956/2019**

RM Wahlen beantragt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Übernahme der Beschlüsse 1 und 2 aus der BV Porz, soweit die Verwaltung sie gem. Anlage 2.2. als machbar beschieden hat. Zudem soll zusammen mit der RheinEnergie geprüft werden, ob auf den Busabstellplätzen Photovoltaik-Anlagen eingerichtet werden können. Sofern auf den Ladetraversen ebenfalls Photovoltaik-Anlagen installiert werden können, bittet er um Mitteilung, wie hoch die Folgekosten wären.

SB Dr. Beese führt aus, dass gem. Anlage 2.2 die meisten Vorschläge der BV Porz nicht realisierbar seien oder nichts mit der Vorlage zu tun hätten. Die FDP-Fraktion bitte daher über die Verwaltungsvorlage abzustimmen.



Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass sich die Investitionen für Photovoltaik-Anlagen auf den Ladetraversen, d.h. 10 % der Fläche = 400 m<sup>2</sup>, auf ca. 360.000 € belaufen würden. Unter der Maßgabe, dass der Strom selber genutzt werde, würde sich der zusätzliche Verlust auf insgesamt 60.000 € bis zu einer Erneuerung der Anlage (in ca. 20 Jahren) belaufen. Sofern die Restfläche auch noch mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden würde, würde sich der Verlust entsprechend erhöhen, da auch die Tragekonstruktion noch realisiert werden müsste.

RM Wahlen bedankt sich für die Ausführungen und hält seinen Änderungsantrag aufrecht.

Für die SPD-Fraktion bittet RM Jäger um abschnittsweise Abstimmung.

### **1. Beschluss (Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

Für die Entwicklung des Geländes sind folgende Punkte erforderlich

1. Die gesamte Fläche wird nach dem Projekt Grün hoch 3 entwickelt. Hierbei ist insbesondere auf eine Entsiegelung von Flächen und geringstmögliche Versiegelung zu achten. Dort, wo keine Solargewinnung auf den Dächern stattfindet, soll eine Dachbegrünung erfolgen. Die Außenwände sind zu begrünen entsprechend dem Projekt Grün hoch 3.

2. Sämtliche zu errichtenden Bauten sind mindestens nach dem Passivhausstandard zu errichten, besser noch nach dem Passivhaus-Plus Standard.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

### **2. Beschluss (Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

Auf den Ladetraversen werden Photovoltaik-Anlagen eingerichtet.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und FDP-Fraktion

### **3. Beschluss (Mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

Die KVB AG wird gebeten zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob auf dem Gelände weitere Photovoltaik-Anlagen installiert werden können.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

### **4. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage incl. der neuen Anlage 2.2): *Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat stimmt dem Standort für die Errichtung eines neuen Busbetriebshofs in Köln Porz, Kaiserstraße 127 zu.

Im Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung, zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse vom 09.07.2019 zu den Vorlagen-Nr. 1215/2019 und 1103/2019 (Busnetz dauerhaft und Busnetz interim in 2019) zu veranlassen, dass die KVB den für die Unterstellung der benötigten zusätzlichen Fahrzeuge erforderlichen zusätzlichen Busbetriebshof Köln Ost realisiert. Die vom Rat bereits beschlossenen Busnetzerweiterungen sind Bestandteil des am 01.01.2020 in Kraft getretenen Öffentlichen Dienstleistungsauf-

trags (ÖDLA). Die für den Busbetriebshof Ost erforderlichen Aufwendungen sind über den ÖDLA ausgleichsfähig.

**Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat darüber hinaus folgende Maßgaben:**

Für die Entwicklung des Geländes sind folgende Punkte erforderlich

- Die gesamte Fläche wird nach dem Projekt Grün hoch 3 entwickelt. Hierbei ist insbesondere auf eine Entsiegelung von Flächen und geringstmögliche Versiegelung zu achten. Dort, wo keine Solargewinnung auf den Dächern stattfindet, soll eine Dachbegrünung erfolgen. Die Außenwände sind zu begrünen entsprechend dem Projekt Grün hoch 3.
- Sämtliche zu errichtenden Bauten sind mindestens nach dem Passivhausstandard zu errichten, besser noch nach dem Passivhaus-Plus Standard.

Auf den Ladetraversen werden Photovoltaik-Anlagen eingerichtet.

Die KVB AG wird gebeten zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob auf dem Gelände weitere Photovoltaik-Anlagen installiert werden können.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**4.3 Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum  
hier: 2. Ausbaustufe  
0309/2021**

SE Rohata schlägt seitens der SPD-Fraktion vor, auch zur 2. Ausbaustufe ein Fachgespräch unter Beteiligung der RheinEnergie durchzuführen. Auch die Erfahrungen aus der 1. Ausbaustufe seien hierbei von großem Interesse.

RM Syndicus fragt, ob seitens des Bundeskartellamtes Bedenken gegen die Direktvergabe an die SWK angemeldet wurden.

SE Fahlenbock berichtet, dass der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik drei Modelle der Ladesäulen bereits vorgestellt wurden. Er bittet um Mitteilung, für welches Modell man sich nun entschieden habe, da nicht alle barrierefrei seien.

BG Blome teilt auf die Frage von RM Syndicus mit, dass es sich hier um eine vergaberechtlich einwandfreie Direktvergabe handele und keine Bedenken und Einwände vorliegen. Die Frage von SE Fahlenbock werde im Nachgang schriftlich beantwortet.

**1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der SPD-Fraktion):**

Die Verwaltung wird gebeten, ein Informations-/Fachgespräch mit der RheinEnergie und den Vertreter\*innen der politischen Gremien durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion

**2. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

**Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:**

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung die notwendigen Schritte zur Umsetzung einer 2. Ausbaustufe zur Erweiterung der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum in die Wege zu leiten. Diese 2. Ausbaustufe soll ein Volumen von insgesamt 1.000 Ladepunkten (das entspricht 500 Ladesäulen) haben, die in den Jahren 2022 bis 2024 zu errichten sind. Hierzu soll wiederum eine Direktvergabe an die Stadtwerke Köln GmbH (SWK) auf Basis des bestehenden Vertrags erfolgen, die neben der

Planung und Errichtung der Ladepunkte (einschließlich der erforderlichen verkehrstechnischen Anpassungsarbeiten im Straßenraum) auch deren Betrieb und deren Vermarktung umfasst. Zur eigentlichen Beauftragung wird dem Rat, nach den notwendigen Verhandlungen mit der SWK, eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt. Diese Beschlussvorlage wird auch die Kostenauswirkungen für die Stadt, die erst nach dem vorliegenden Grundsatzbeschluss ermittelt werden können, umfassen.

2. Die Einrichtung von Lademöglichkeiten im öffentlichen Straßenraum erfolgt anhand der im verabschiedeten Standortkonzept festgelegten Kriterien (vgl. Beschluss zur Vorlagen-Nr. 3677/2018), insbesondere auch unter Berücksichtigung von Verkehrssicherheitsaspekten und der konfliktfreien Gestaltung mit dem Rad- und Fußverkehr. Auf dieser Basis soll in der 2. Ausbaustufe zudem für die Stadtgesellschaft, die Wirtschaft und die Politik die Möglichkeit bestehen, Vorschläge für Ladestationsstandorte zu machen. Diese Vorschläge werden innerhalb des Planungsprozesses auf Umsetzbarkeit geprüft. Die endgültige Entscheidung über die Umsetzung treffen die jeweils zuständigen Bezirksvertretungen, für die die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der SWK entsprechende Vorlagen vorbereiten wird.
3. Die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Ladesäulenzahl auf die einzelnen Stadtbezirke erfolgt grundsätzlich anhand der jeweiligen Anteile der Einwohner\*innen an der Kölner Gesamtbevölkerung. Die Beschlussfassung über die Verteilung der den Bezirken zugewiesenen Standorte auf die einzelnen Stadtteile obliegt den Bezirksvertretungen.
4. Da gerade im Innenstadtbereich kaum noch Flächen für die Errichtung von Ladestationen im öffentlichen Straßenraum zur Verfügung stehen, beauftragt der Rat die Verwaltung mit externer Hilfe Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, die die Einrichtung von Lademöglichkeiten in den innerstädtischen Parkhäusern unterstützt. Zudem soll systematisch untersucht werden, ob Ladeeinrichtungen an den künftigen Mobilstationsstandorten, den Park-and-Ride-Anlagen sowie auf städtischen Grundstücken mit öffentlicher Nutzung außerhalb des Straßenlands eingerichtet werden können.
5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, parallel zur Umsetzung der nächsten Ladestationsbaustufe die Erstellung eines Konzepts vorzubereiten, in dem untersucht wird, wie die Ladeinfrastruktur, für die sich die Stadt verantwortlich zeichnet oder auf die sie Einfluss nehmen kann, mittel- bis langfristig, also nach der Umsetzung der in den Punkten 1. bis 4. beschriebenen Ausbaustufe, nachfragegerecht weiterentwickelt werden sollte. Hierbei sind u. a. eine Gesamtanalyse des aktuellen und künftigen Ladeinfrastrukturbedarfs vorzunehmen sowie Möglichkeiten aufzuzeigen, in welcher Form die im öffentlichen Raum benötigte Ladeinfrastruktur künftig errichtet werden kann. Zudem müssen die Wettbewerbssituation zwischen verschiedenen Ladestrom- und Infrastrukturanbietern betrachtet und die rechtlichen Rahmenbedingungen der Ladeinfrastruktureinrichtung und des -betriebs im öffentlichen Raum auf Handlungsspielräume hin überprüft werden, um die für Köln optimalen Entwicklungsbedingungen identifizieren zu können. Die Verwaltung wird versuchen, für die Vergabe der Studie Fördermittel einzuwerben. Die konkrete Beauftragung zur Ausschreibung der Konzepterstellung wird in Abhängigkeit einer solchen Förderung und der dann abschätzbaren Kosten den städtischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

*Die Verwaltung wird gebeten, ein Informations-/Fachgespräch mit der RheinEnergie und den Vertreter\*innen der politischen Gremien durchzuführen.*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **4.4 Fahrplanwechsel 2021 - Überarbeitung des Busnetzes im Kölner Westen 0540/2021**

RM De Bellis-Olinger schlägt seitens der CDU-Fraktion vor, den Beschluss der BV Lindenthal als Prüfauftrag aufzunehmen.

Zudem sollte auch geprüft werden, ob in der 2. Stufe die Betriebszeiten der Buslinie 143 in das Gewerbegebiet Marsdorf bis 23 Uhr verlängert werden können, sofern der Bedarf gegeben sei.

##### **1. Beschluss (Anregung der BV Lindenthal sowie mündlicher Änderungsantrag der CDU-Fraktion):**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in der 2. Stufe das Krankenhaus Hohenlind auch sonntags über die Linie 136 angebunden werden kann, sofern der Bedarf gegeben ist.

Darüber hinaus wird um Prüfung gebeten, ob in der 2. Stufe die Betriebszeiten der Buslinie 143 in das Gewerbegebiet Marsdorf bis 23 Uhr verlängert werden können, sofern der Bedarf gegeben ist.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

##### **2. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat spricht sich für die Umsetzung der in der Begründung dargelegten Maßnahmen zum Busangebot der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) im Kölner Westen aus. Die Umsetzung erfolgt zeitlich gestaffelt.  
Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit den Angebotserweiterungen im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i. H. v. **20.400 Euro für 2021, 940.000 Euro für 2022, 1,543 Mio. Euro für 2023, 1,46 Mio. Euro für 2024 sowie 1,36 Mio. Euro für 2025 ff** wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann.  
Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastungen wird jeweils um ein Jahr verzögert und damit auf die Jahre 2022-2026 prognostiziert.

*Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob in der 2. Stufe das Krankenhaus Hohenlind auch sonntags über die Linie 136 angebunden werden kann, sofern der Bedarf gegeben ist.*

*Darüber hinaus wird um Prüfung gebeten, ob in der 2. Stufe die Betriebszeiten der Buslinie 143 in das Gewerbegebiet Marsdorf bis 23 Uhr verlängert werden können, sofern der Bedarf gegeben ist.*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **4.5 Fahrplanwechsel 2021 - Anbindung der Ausweichquartiere des Bezirksrathauses Rodenkirchen 0680/2021**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat spricht sich auf Basis des Beschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 15.06.2020 (vgl. Vorlagen-Nr. 1515/2020) für die kurzfristige Umsetzung des in der Begründung beschriebenen alternativen Fahrangebotes von der Haltestelle „Rodenkirchen Bf.“ entlang des Linienwegs der Linie 130 bis zum Ausweichquartier an der Industriestraße 161 zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens zum Fahrplanwechsel im Dezember 2021, aus. Die planmäßige Umsetzung steht unter dem Vorbehalt, dass sich die zur Einrichtung erforderlichen Beschaffungsvorgänge trotz der aktuellen Coronakrise zeitgerecht durchführen lassen.
2. Das alternative Fahrangebot soll aufgrund der hohen Betriebskosten schnellstmöglich durch die Buslinie 130 ersetzt werden. Daher spricht sich der Rat dafür aus, dass die Verwaltung die notwendigen Abstimmungen zur Verlängerung der Buslinie 130 bis zum Standort an der Industriestraße durchführt. Die Verwaltung legt zur Verlängerung der Buslinie 130 eine entsprechende Beschlussvorlage vor.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die KVB mit der Angebotserweiterung im Busnetz nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags zu betrauen. Der zusätzliche entstehende Verlust der KVB i.H.v. 56.000 Euro für 2021 und 150.000 Euro ab 2022 ff. wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen, was potenziell zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen kann. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird auf das Jahr 2022 prognostiziert.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

- 4.6**
- 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten (PSA)**
  - 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung) 0928/2021**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 615 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 3.075.000 € fest und beauftragt die Verwaltung – vorbehaltlich der Umsetzungsbeschlüsse der Bezirksvertretungen zur Einrichtung neuer Bewohnerparkgebiete – das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten.
2. Der Rat beschließt die Freigabe einer Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsjahr 2021 zu Lasten des Haushaltsjahres 2022 in Höhe von 1.510.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.

**Abstimmungsergebnis:** Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**4.7 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze für das Haushaltsjahr 2020  
1298/2021**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von insgesamt 1.347.000 € im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Haushaltsjahr 2020.

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2020 durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 1.347.000 € im Teilergebnisplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 20 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.8 Zuständigkeitsübertragung der Linie SB 60 für die Streckenabschnitte auf Kölner Gebiet auf die Stadt Bonn  
1607/2021**

**Beschluss:**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

Die Stadt Köln überträgt der Stadt Bonn durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung die Aufgabe und Befugnisse der zuständigen Behörde für die Abschnitte der Schnellbuslinie SB 60 auf Kölner Stadtgebiet. Die Verwaltung wird ermächtigt, die dazu erforderliche Vereinbarung mit der Stadt Bonn abzuschließen und zur Genehmigung bei der Bezirksregierung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

**4.9 Beschluss zur Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West  
0825/2021**

**Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT vom 08.06.2021  
AN/1203/2021**

RM Wahlen führt aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage grundsätzlich sehr begrüße; dennoch möchte er die nachfolgenden Ergänzungen beantragen:

„Die KVB AG wird gebeten

- zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob und wie Photovoltaik-Anlagen installiert werden können,
- bedarfsgerecht ausreichende Ladepunkte einzurichten und
- zu prüfen, ob eine einfache Fassadenbegrünung möglich ist.“

RM Syndicus hält diesen Änderungsantrag für sehr sinnvoll und trägt anschließend kurz den von der Ratsgruppe GUT eingereichten Änderungsantrag vor.

SE Fahlenbock möchte wissen, wie viele Behindertenparkplätze entstehen und wie viele davon an die Ladeinfrastruktur angeschlossen werden.

Auf den Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT eingehend weist SB Dr. Beese darauf hin, dass er diesen ablehne. Auch während der Bauzeit müsse prioritär darauf geachtet werden, genauso viele Parkplätze vorzuhalten. Zudem rege er an, die Interimparkplätze auch nach Fertigstellung der Parkpalette noch sechs Monate beizubehalten, um festzustellen, wie groß die Nachfrage ist und ggf. insbesondere die Parkplätze im Randbereich zu belassen.

SE Vietzke spricht den vorgesehenen Kahlschlag im Bereich der Ersatzparkplätze an der Nordseite an. Nach seiner Kenntnis handele es sich hier um eine planfestgestellte Ausgleichsfläche der DB. Der Bewuchs sei immerhin 25 – 30 Jahre alt. Er bittet um Mitteilung, ob dies noch verhindert werden könne.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, teilt mit, dass er die Prüfung von Photovoltaikanlagen mitnehmen werde. Grundsätzlich habe das oberste Geschoss des Parkdecks kein Dach, allerdings sei so geplant worden, dass eine spätere Aufstockung möglich sei.

Zudem sei u.a. aus Kostengründen und zur besseren Durchlüftung eine offene Bauweise vorgesehen, so dass sich auch eine Fassadenbegrünung schwierig gestalten werde. Ggf. sei eine Begrünung light möglich. Auch dies werde die KVB in die Prüfung mit aufnehmen.

Die Ersatzstellflächen im Bereich der vorhandenen Anlage werden um die Bäume herum angeordnet, so dass die Bäume grundsätzlich erhalten bleiben. Auf dem von der DB angemieteten Bereich hingegen können die Bäume nicht erhalten bleiben, da die Fläche dann schlichtweg als Interimparkfläche nicht nutzbar sei. Zudem sei voraussichtlich eine Anschlussnutzung durch die DB als Logistikfläche für den Ausbau des Bahnknotens Köln geplant. Da es sich in der Tat um eine definierte Ausgleichsfläche handele, sei eine Renaturierung nach den Nutzungen zwingend. Die Vorgaben der Genehmigungsbehörden werde die KVB selbstverständlich einhalten.

An Herrn Dr. Beese gerichtet weist Herr Höhn darauf hin, dass durch die Parkpalette immerhin 600 Parkplätze zusätzlich zur Verfügung stehen werden, so dass der Bedarf damit gedeckt sein müsste und die Interimstellplätze nicht weiter erforderlich seien.

Es sei grundsätzlich möglich, für 200 der neuen Stellplätze Ladeeinrichtungen vorzusehen, weitere seien bei Bedarf möglich. Mit der RheinEnergie werde nun geprüft, wie viele anfangs in der Tat sinnvoll seien. Über den Planungsfortschritt werde in den politischen Gremien berichtet.

Behindertenparkplätze werden selbstverständlich eingerichtet. Zu den Details könne sich die KVB gerne nochmals mit der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik abstimmen.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Hammer die Änderungsanträge sowie die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung.

### **1. Beschluss (mündlicher Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):**

Die KVB AG wird gebeten

- zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob und wie Photovoltaik-Anlagen installiert werden können,
- bedarfsgerecht ausreichende Ladepunkte einzurichten und
- zu prüfen, ob eine einfache Fassadenbegrünung möglich ist.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **2. Beschluss (Änderungsantrag der Ratsgruppe GUT, AN1203/2021):**

Die im Vorfeld der Maßnahme einzurichtenden Ersatzflächen sind so zu planen, dass Fällungen von Bäumen mit einem Stammumfang von mehr als zehn Zentimetern nicht erfolgen müssen. Bestehende Baumstandorte sind zu erhalten und während der Bauzeit und Nutzungszeit entsprechend zu schützen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig **abgelehnt**

## **3. Beschluss (so geänderte Verwaltungsvorlage):**

***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat beschließt, die Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) mit der Planung und der baulichen Umsetzung der Erweiterung der P+R-Anlage an der Haltestelle Weiden West auf rund 1.280 Stellplätze nach Maßgabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrags (ÖDLA) zu beauftragen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass mit diesem Ratsbeschluss die (Folge-)Kosten der Erweiterung der P+R Anlage Weiden West mit in den ÖDLA aufgenommen werden.  
Der zusätzlich entstehende Verlust der KVB i. H. v. voraussichtlich 0,9 Mio. € ab Mitte 2024 ff. wird aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages von der Stadtwerke Köln GmbH (SWK) ausgeglichen. Dies kann zu einer Ergebnisbelastung im Kernhaushalt durch eine geringere Gewinnausschüttung der SWK an den städtischen Haushalt führen. Der Zeitpunkt der haushaltsmäßigen Belastung wird für das Jahr 2025 prognostiziert.

*Die KVB AG wird darüber hinaus gebeten*

- *zusammen mit der RheinEnergie zu prüfen, ob und wie Photovoltaik-Anlagen installiert werden können,*
- *bedarfsgerecht ausreichende Ladepunkte einzurichten und*
- *zu prüfen, ob eine einfache Fassadenbegrünung möglich ist.*

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **4.10 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6601-1201-901109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden 1218/2021**

RM Schlömer merkt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an, dass die Vorlage sehr begrüßt werde, da die Bauvorhaben im Mülheimer Süden langsam Gestalt annehmen und die Umsetzung der Stadtbahnanbindung daher zügig vorangetrieben werden sollte. Sie bittet jedoch noch um Mitteilung, wann die näheren Planungen für die Anbindung von Stammheim/Flittard beginnen und ob die Haltestellen über den Mülheimer Süden hinaus von Hochflur- auf Niederflur rückbaubar sein werden.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, berichtet, das gem. Ratsbeschluss vom vergangenen Jahr noch in diesem Jahr eine Machbarkeitsstudie für die Verlängerung bis



Stammheim/Flittard vergeben werden soll. Hierbei werde es zunächst um die Trassenführung gehen. Finanzierungsgespräche mit Bund und Land führe die KVB aktuell bereits.

Solange nicht gebaut werde, sei eine Umplanung auf Niederflur möglich. Derzeit laufen die Planungen jedoch in der Tat mit einer Hochflurlinie; dies sei Grundlage der bestehenden Ratsbeschlüsse. Für die Machbarkeitsstudie spiele diese Frage jedoch keine Rolle.

Abschließend erinnert Ausschussvorsitzender Hammer in diesem Zusammenhang auch an die Beschlüsse und Arbeitsaufträge über Machbarkeitsstudien für eine rechtsrheinische Stadtbahn und den Barbarossaplatz.

### **Beschluss:**

#### ***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieurleistungen für die Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sowie für die erforderlichen Gutachter- und Dienstleistungen zur Realisierung der Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden in Höhe von 2.422.000 € fest. Mit dem Bau der Stadtbahnanbindung wird der gesamte Straßenraum überplant.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Leistungen stufenweise an externe Fachbüros zu beauftragen.
3. Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 575.000 € für die Vergabe der Ingenieurleistungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-9-1109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

#### **4.11 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln -innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements sowie Beschluss zur Bereitstellung von außerplanmäßigen investiven Verpflichtungsermächtigungen und Freigabe einer außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigung; hier: neue Finanzstelle 6400-1201-0-0013 Erweiterung Verkehrsrechner 1544/2021**

Herr Stieler, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, beantwortet Nachfragen von SE Wienke.

### **Beschluss:**

#### ***Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:***

1. Der Rat stellt den Bedarf für die Beschaffung eines Mobilitäts Cockpits Köln – innovativ – integrativ – intelligent (MoCKiii) zum Aufbau eines verbesserten Verkehrsmanagements mit Kosten in Höhe von 2.000.000 € fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahme.

2. Der Rat beschließt zur Finanzierung der o. g. Maßnahme gem. § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2021 die außerplanmäßige Bereitstellung und gleichzeitige Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung in Höhe von 383.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der neuen Finanzstelle 6400-1201-0-0013, Erweiterung Verkehrsrechner, Teilplanzeile 9, Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im o. g. Teilfinanzplan bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse (Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen).

Darüber hinaus beschließt der Rat ebenfalls für das Haushaltsjahr 2021 die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 1.617.000 € zu Lasten der Haushaltsjahre 2022-2024 (638.000 € in 2022, 489.500 € in 2023 und 489.500 € in 2024) im gleichen Teilfinanzplan und gleicher Teilplanzeile bei der neuen Finanzstelle 6400-1201-0-0013, Erweiterung Verkehrsrechner. Die Deckung der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch veranschlagte, aber nicht benötigte Verpflichtungsermächtigungen im gleichen Teilfinanzplan zu Lasten der Finanzstelle 6601-1201-0-1088, Ost-West-Achse (Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen).

3. Der Rat beschließt die auf vier Jahre befristete Zusetzung einer projektseitig geförderten Stelle (beabsichtigt in der Entgeltgruppe 14 TVÖD) für das auftraggeberseitige Projektmanagement.

**Abstimmungsergebnis:** Einstimmig zugestimmt

## **5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **5.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

#### **5.1.1 Parkplätze an Kölner Schulen AN/0736/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

### **5.2 Neue Anfragen**

#### **5.2.1 Anfrage der Ratsgruppe GUT vom 08.04.2021 betr. Bodenschwellen zur Geschwindigkeitsreduktion von KFZ AN/0687/2021**

#### **Beantwortung der Verwaltung 1979/2021**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, beantwortet Nachfragen von RM Syndicus.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Abgestellte Wohnmobile, Wohnwagen und Freizeitmobile  
AN/1268/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Lösungsmöglichkeiten für sog. Protected Bike Lanes (PBL)  
AN/1269/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 02.06.2021 betr.  
Auswertung von Daten aus der E-Scooter-Nutzung  
AN/1281/2021**

Die Beantwortung erfolgt in der nächsten Sitzung.

**6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

**6.1 Mehr kostengünstige, klimaschonende Park&Ride-Plätze am Stadtrand  
hier: Anfrage der Volt-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses  
am 02.03.2021, TOP 5.2.5  
1148/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.2 Mehr kostengünstige, klimaschonende Park&Ride-Plätze am Stadtrand  
und diese besser anbinden  
hier: Anfrage der Volt-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses  
am 02.03.2021, TOP 5.2.6  
1151/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.3 Abstand halten in der Pandemie  
hier: Anfrage der SE Wienke in der Sitzung des Verkehrsausschusses  
am 02.03.2021, TOP 8.1  
1290/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.4 Spielstraßen  
hier: Anfrage der Ratsgruppe GUT zur Sitzung des Verkehrsausschusses  
am 20.04.2021, TOP 5.2.2  
1411/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.5 Ausschreibung von Machbarkeitsstudien zur Verlängerung der Linie 13  
hier: Anfrage AN/0784/2021 der Fraktion Die Linke.Köln in der Sitzung  
des Verkehrsausschusses am 20.04.2021, TOP 5.2.7  
1460/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.6 Landeswettbewerb "Mobil.NRW - Mobilität in lebenswerten Städten"  
hier: Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses  
am 20.04.2021, TOP 5.2.6  
1493/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.7 Carsharing im öffentlichen Raum  
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses  
am 20.04.2021, TOP 5.2.3  
1911/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.8 Auslastungsanzeige für die Fahrgäste der KVB  
Hier: Anfrage der FDP-Fraktion (AN/0333/2021) aus der Sitzung des Ver-  
kehrsausschusses am 02.03.2021, TOP 5.2.3  
0749/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**6.9 Verzögerung beim Umbau des Bahnhofs Süd  
Antwort der Verwaltung zur Anfrage der FDP, AN/0729/2021  
2065/2021**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**7 Mitteilungen der Verwaltung**

**7.1 Unterrichtung des Rates und des Fachausschusses über Kostenerhö-  
hungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO**

**7.1.1 Mitteilung über eine Erhöhung der investiven Gesamtauszahlungen ge-  
mäß § 25 Abs. 1 Nr. 2 KomHVO i.V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung  
der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2021; hier: Ersatzbeschaffung von  
Fahrzeugen und Geräten für das Amt für Straßen und Verkehrsentwick-  
lung  
1531/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **7.2 Sonstige Mitteilungen**

### **7.2.1 Roadmap - Sachstand 2021 0300/2021**

RM Jäger bittet zur Verlängerung der Linie 7 um Mitteilung, ob bereits das Planfeststellungsverfahren laufe bzw. wann es laufen werde.

Zudem weist sie darauf hin, dass der Sachstand zu Widdersdorf nicht aktuell sei; sie bittet das nachzuholen.

BG Blome sagt dies zu.

Zur Linie 7 führt Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, aus, dass die KVB aktuell die Gutachten für das Genehmigungsverfahren der Stufe 1 bis Zündord-Süd vorbereite. Ggf. werde „lediglich“ eine Plangenehmigung erfolgen; dies würde das Verfahren beschleunigen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

### **7.2.2 Bericht über die Umsetzung von Anträgen des Verkehrsausschusses ab 2014 ff. 0460/2021**

Auf kritische Nachfrage von SE Wienke stellt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, klar, dass es sich hier um eine Übersicht über die beschlossenen Anträge, nicht jedoch der Beschlussvorlagen, handele. Er sagt auf ihren Wunsch hin zu, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstand bzw. eine Übersicht zum Radverkehrskonzept Innenstadt vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

### **7.2.3 Sachstandsbericht Starke Veedel – Starkes Köln 1205/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **7.2.4 Verkehrliche Erschließung und Anbindung des städtebaulichen Entwicklungsbereichs „Deutzer Hafen“ hier: mündliche Nachfrage von SB Frenzel in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11.03.2021, TOP 18.12 1489/2021**

RM Lorenz erinnert erneut an die Vorlage des Konzeptes.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung, räumt ein, dass die Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW wesentlich länger andauere als geplant. Er gehe davon aus, dass die Vorlage in der 2. Jahreshälfte erfolgen könne.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung im Übrigen zur Kenntnis.

**7.2.5 Fortführung der Lastenradförderung 2020**  
**hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Finanzausschusses**  
**am 03.05.2021, TOP 4.2**  
**1562/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.6 Ergebnis über den Wettbewerb zur Errichtung einer Kfz-Brücke und einer Rad-/ Gehwegbrücke über das Hafenbecken, Deutzer Hafen in Köln-Deutz**  
**1820/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.7 Markthochlauf der Wasserstoffwirtschaft in Köln und der Region**  
**1898/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.8 Stadtradeln 2021**  
**1887/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.9 Positionspapier der Metropolregion Rheinland (MRR) zur Neuaufstellung des ÖPNV-Bedarfsplans NRW**  
**1652/2021**

Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

**7.2.10 Stadtbahnvorhaben Widdersdorf - Brauweiler - Glessen - Niederaußem**  
**hier: Sachstand zur Blitz-Befragung**  
**1861/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.11 Einrichtung einer zeitlich befristeten Mobilitäts- und Logistikstation am Ottoplatz in Deutz**  
**1738/2021**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.2.12 Realisierbarkeit von Quartiersgaragen und eines zugehörigen Masterplans**  
**2123/2021**

Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

## **8 Mündliche Anfragen**

### **8.1 Provisorischer Treppenturm an der Severinsbrücke Mündliche Nachfrage des RM Lorenz**

RM Lorenz berichtet von einem aktuellen Facebook-Eintrag, nach dem BG Blome bei einem Telefonat mit BBM Hupke eine erhebliche Kostensteigerung angekündigt habe. Er bittet um nähere Informationen.

BG Blome zeigt sich sehr irritiert, dass dieses Telefonat schon seinen Weg zu Facebook gefunden habe. Der aktuelle Sachstand könne einer Mitteilung entnommen werden, die zur kommenden Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vorgelegt werde.

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 9      Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10     Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11     Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12     Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13     Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14     Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15     Mitteilungen der Verwaltung**
- 16     Mündliche Anfragen**

*gez. Lino Hammer*

*gez. Angela Krause*

---

Lino Hammer  
(Ausschussvorsitzender)

---

Angela Krause  
(Schriftführerin)